

Rechtspopulismus – Herausforderung für die wehrhafte Demokratie

Dieser Beitrag sollte schon entstehen, bevor durch Thilo Sarrazin deutlich wurde, wie weit verbreitet mittlerweile Ausländer- und Islamfeindlichkeit, sprich rassistische Ansichten, bis in die Mitte unserer Gesellschaft sind. Aus dem „bösen Ausländer“ wurde der „böse Muslim“. Rechtspopulistische Parteien haben sich mit ihrer integrationsfeindlichen und diskriminierenden Agenda als gefährliche Schaniere zwischen extrem rechts und konservativ in Westeuropa etabliert. Sie bereiten gewaltbereiten Rechtstextremisten den Boden und die Akzeptanz und sind somit nicht als ungefährlich zu betrachten. Schweiz, Italien, Österreich, Niederlande, Frankreich, Belgien, Dänemark – um nur einige Staaten zu nennen. Sogar in Polen, wo der muslimische Bevölkerungsanteil um 1% liegt, erleben islamfeindliche Bewegungen auftrieb. Ein Zeichen, dass es für Islamfeindlichkeit keine Muslime braucht. Bekannte Muster der Konstruktion von Feindbildern. Auch Parallelen zu alten antisemitischen Erklärungsmustern sind unübersehbar.

Der Soziologe Heitmeyer hat in einer von 2002 - 2012 angelegten Langzeitstudie bereits vor dem Medienzirkus um „Deutschland schafft sich ab“ herausgefunden, dass 48 Prozent der Deutschen der Meinung sind, es gäbe „zu viele Muslime“ in unserem Land. Gar 52 Prozent vertreten die Auffassung, es gäbe generell „zu viele Ausländer“ in Deutschland. Thilo Sarrazin hat nochmal deutlich gemacht, dass trotz der seit 2006 institutionalisierten Integrationsdebatte in Deutschland viel zutun sein wird. Er hat aber auch gezeigt, dass es Xenophobie und Angst immer geben wird.

Rechtspopulismus ist aber nicht nur das Schüren der Angst vor Überfremdung, er kommt einher mit *Elitenkritik (Journalismus wie Politik)*, *Europafeindlichkeit* und der *Infragestellung ökologisch orientierter Politik*. Klimaschutzkritik dient vielen Rechtspopulisten als Projektionsfläche für den angeblich sinnfreien Politikbetrieb und ist daher sehr beliebt. Vielen dient auch die Politik George Bushs (*Krieg gegen Terror*) als Säule ihres Weltbildes. Und: Sie zieht es vermehrt auf die Straße.

Desweiteren pflegen viele Rechtspopulisten die man dieser Tage auf Veranstaltungen des Vereins „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE), in der Partei Pro-Deutschland oder im Internetblog „Politically Incorrect“ (PI) trifft ein geschlossenes Weltbild, welches die Diskurstätigkeit mit diesen Personen extrem einengt. Sie sind überzeugt von einer von „Gutmenschen“ (gemeint sind SPD, Grüne und Linke) betriebenen stillen Islamisierung Deutschland. Grüne Politiker_innen wie Claudia Roth, Cem Özdemir, Arif Ünal, Memet Kilic und viele andere geraten regelmäßig in den Fokus dieser neuen Rechten und ihrer mittlerweile gut vernetzten Internetgemeinde im World Wide Web.

Entwicklungspotenziale:

- 1.) Soziale Probleme werden ethnisiert bzw. religionisiert. Überfremdungsangst wird geschürt. Hinzu kommen Lösungsvorschläge, die Dezimierung von Ausländern zum Thema machen. Radikalisierung bis hin zu Gewaltakten kann leider nicht mehr ausgeschlossen werden.
- 2.) Die neuen Rassisten dieser Tage sehen sich nicht als solche, sondern als liberale Aufklärer. Sie knüpfen bewusst an emanzipative Diskurse zum Thema Homosexualität, Feminismus und Liberalismus an. Sie leiten ihre Engagements teils aus den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur ab und sehen im Islam eine faschistische Ideologie. „Mein Kampf“ wird gleichgesetzt mit dem Koran. Ein heuchlerischer Anti-Antisemitismus wird gepredigt, obwohl die Argumentationsmuster denen klassischer Antisemiten erschreckend ähneln. Figuren des Widerstands wie Sophie Scholl werden ideologisch umgedeutet um dem Kampf gegen den Islam als Freiheitskampf zu legitimieren.
- 3.) Während Grüne im Rechtspopulismus die Anfänge faschistischen Denkens erkennen, sehen die Rechtspopulisten gerade eben ihren Weg als den der Verteidigung des abendländischen Europas. Hier treffen „klassische“ Rassisten auf teils verblendete evangelikale Gruppen die nicht selten Probleme mit der offiziellen Politik der Kirche haben.
- 4.) Bewegung der Parteienlandschaft ist trotz aller Bekundungen der CDU nicht unrealistisch.

Es könnte mittelfristig bei allen Schwierigkeiten doch zu einer auf Landes- oder sogar Bundesebene relevanten Parteiengründung rechts der Union kommen. Davon abgesehen werden wir erleben, wie von Seiten der SPD und CDU versucht wird, mit eigenen kritischen Äußerungen zum Thema Integration die öffentliche Debatte einzufangen. Es wird damit deutlich, wie Rechtspopulisten auch ohne Mandat öffentliche Debatten vergiften.

- 5.) Eine Ethnisierung der von vielen geübten „Islamkritik“ (oftmals nicht mehr als purer Kulturrassismus!) wird kommen. Es darf bezweifelt werden ob der Diskurs um Muslime und Nicht-Muslime, „gut integrierte“ und „schlecht integrierte“ Menschen dienlich sein wird.
- 6.) Die Kooperation von rechtspopulistischen und islamfeindlichen Gruppen und Parteien in Europa funktioniert paradoxerweise bei aller Europaskepsis dieser Menschen sehr gut. Der qualitative Organisationsgrad darf als relativ gut bezeichnet werden – wenn auch der „harte Kern“ der rechtspopulistischen Gruppen und Parteien überschaubar ist. Hinzu kommt ein dichtes internationales Netzwerk vom meist anonymen BloggerInnen und WebseitenbetreiberInnen. Und auch international wird unter dem Schlagwort „Jihad Watch“ bereits medienwirksam kooperiert. Beispielsweise der Auftritt Geert Wilders' in New York.

Handlungsvorschläge:

- 1.) Historische Verantwortung Deutschlands auch weiterhin betonen. Es darf keine Umdeutung des Begriffes „Meinungsfreiheit“ zugunsten der historischen Schuld Deutschlands geben. Die Meinungsfreiheit findet ihre Grenzen auch nach wie vor in der Würde des Anderen.
- 2.) Konsequente Lösung sozialer Probleme und eine bessere Bildungspolitik. Nur so kann Rechtspopulisten mittelfristig ein Teil der Grundlage ihrer Agitation genommen werden.
- 3.) Deutlich machen, dass Deutschland nicht islamisch geprägt sein wird, sondern bereits islamisch geprägt *ist*. Viele Debatten dienen lediglich der Verschleierung dieser Tatsache.
- 4.) Wissenschaft darf in der Debatte um Integration nicht durch Bauchgefühle ersetzt werden. Besonnene Menschen müssen stärker im Netz präsent sein, um der rechten, aggressiven Meinungshegemonie in Kommentarbereichen und Leserbriefen Paroli bieten zu können.
- 5.) Mehr Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der politisch handelnden Menschen (wobei wir Grünen in dem Punkt noch sehr gut wegkommen). Stuttgart21, Bildungsstreit in Hamburg, Dauerzwist in der schwarz-gelben Koalition, Schrumpfen der Volksparteien. Alles keine positiven Beispiele bürgernaher Politik. Aber: Kein falscher Fatalismus hinsichtlich des politischen Systems (auch nicht bei der Kommunikation direkt-demokratischer Mittel!). Dann doch lieber Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Dies kann vieles bedeuten und ist vor allem kein Allheilmittel der allgemeinen Polit-Skepsis.
- 6.) Eine deutliche Antidiskriminierungspolitik beim Thema Islam fahren. Keine falschen Diskurs Verschränkungen zum Thema Terror, Zwangsheirat oder Homophobie. In diese Punkten nicht in die Falle der Rechten tappen. Weniger Pauschalisierungen von „den Muslimen“.
- 7.) Schulterschluss aller benachteiligter Gruppen in den Vordergrund grüner Politik stellen. Letzlich ist Rechtspopulismus auch immer ein Angriff auf alle sozial schwache Gruppen.
- 8.) Stets betonen, dass seit Jahren über Integration gesprochen wird. Es gibt keine „Tabus“.
- 9.) Weiterhin eine aktive, europafreundliche Politik betreiben. Vorteile der EU stets benennen. Trotz aller Tragödien an den Außengrenzen, dem Ärger mit dem Euro und dem Defizit bei den Sozialstandards. Es ist dringend Zeit für überzeugte Europäer_innen. Europäische Integration bedeutet Frieden und Wohlstand und muss weiter ein globales Vorbild sein.